

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumeration/ Vierteljahr 3.50 RM, monatlich 1.30 RM, wöchentlich 30 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Solche Abonnement: 1.30 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original Kalla.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annonceliste über deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Kleine Anzeigen, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zünftig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 12. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vorwärts - nicht zurückweichen!

Zu dem Antwortartikel des Herrn v. Batocki auf des Herrn v. Oldenburg „Offenen Brief“, den wir in der gestrigen Nummer bereits kritisiert haben, erhalten wir vom Genossen Heinrich Cunow noch folgende Ausführungen:

Herr v. Batocki, der Leiter des Kriegsernährungsamtes, hat seiner vor ungefähr 14 Tagen veröffentlichten Schilderung der Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes während der ersten drei Monate seines Bestehens eine neue publizistische Leistung folgen lassen: eine Erörterung der Aufgaben der Kriegswirtschaft, wie Herr v. Batocki sie sich denkt. Allen Anschein nach haben zu dieser neuen Veröffentlichung wesentlich die Kritiken beigetragen, die jüngst einerseits gewisse agrarische Kreise, als deren Interpret Herr v. Oldenburg-Januschau gelten kann, andererseits einige Großhändlervereinigungen auf ihren Konferenzen an der Kriegswirtschaft geübt haben. Mit jener höflichen Verbindlichkeit, auf die Herr von Batocki bei seinen schriftstellerischen Mitteilungen hält, vermeidet er jedoch, auf diese Anwürfe einzeln eingehen und mit schwerem Geschütz zu antworten. Seine Ausführungen laufen vielmehr auf Ermahnungen und Beschwichtigungen hinaus, auf die bekannte Ermahnung, den Bogen bei der Kritik nicht zu überspannen, zu bedenken, daß Krieg sei, die Ernährung der Volksmasse unter ganz abnormen Umständen stattfindet und mannigfache gleichberechtigte Interessen sich gegenüber ständen, zwischen denen gewissermaßen hindurch laviert werden müsse.

Zugleich versichert Herr von Batocki aufs neue, daß er bestrebt sein werde, sein möglichstes zu tun, die Volksernährung zu sichern. Als Leitmotiv seiner Amtsführung stellt er selbst den Satz auf: „Vorläufig ist Konsequenz die Hauptsache und jede Halbheit schädlich!“ Das ist zweifellos eine durchaus richtige Maxime; die Frage ist nur: wo fängt unter den heutigen drückenden Ernährungsverhältnissen die Halbheit an? Tatsache ist, daß für die einzelnen Kreise der Bevölkerung heute ganz verschiedene Ernährungsmöglichkeiten vorhanden sind und demnach auch in solchen Kreisen ganz verschiedene Ansichten darüber bestehen, wo die Halbheit anfängt. Was von einem bestimmten Interessentenkreis bereits als ein „Uebergriff“, als unerbittlicher staatlicher Zwang aufgefaßt wird, gilt einem notleidenden Konsumentenkreis, der nicht weiß, wie er sich die allernötigsten Lebensmittel beschaffen soll, als eine schwächliche halbe Maßregel. Wieweit in dieser Beziehung die Ansichten auseinander gehen, beweist ja Herr v. Batocki in seinen Auslassungen selbst. Während nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch vielen bürgerlichen Volkswirtschaftlern ein gewisser staatlicher Produktionszwang als eine einfache Konsequenz der staatlichen Lebensmittelversorgungstätigkeit erscheint, ohne die sich letztere unter den bestehenden anormalen wirtschaftlichen Verhältnissen gar nicht rationell durchführen läßt, lehnt Herr v. Batocki in seinem neuesten Beschwichtigungsartikel jeden derartigen staatlichen Eingriff in den Landwirtschaftsbetrieb ab und versteigt sich zu folgender Abweisung:

„Als Gipfel der Verbosität zeigt sich in letzter Zeit in vermehrtem Umfange die Forderung eines staatlichen Produktionszwanges gegen die Landwirtschaft. Es soll durch die Behörden angeordnet werden, wieviel Vieh jeder halten muß, die viehschwachen Wirtschaften sollen behördlich verboten werden, die Anbauflächen von Getreide, Hülsenfrüchten, bestimmten Getreidearten sollen bei jedem Landwirt behördlich bestimmt werden usw. Wenn Nichtlandwirte solchen Vorschlag machen, so ist das begreiflich, daß aber von Landwirten selbst in immer zunehmender Zahl diese Maßnahmen befürwortet werden, die den Ruin der so geliebten Landwirtschaft herbeiführen müßte, ist kaum begreiflich.“

Vielleicht meint Herr von Batocki, durch eine derartige unabweisliche Abweisung einer Forderung, die, wie er selbst sagt, auch unter den Landwirten „in immer zunehmender Zahl“ Anklang findet, die Befürworter einer staatlichen Einwirkung auf die landwirtschaftliche Produktion beschwichtigen und sie zu seiner Auffassung bekehren zu können. Sollte er wirklich dieser Ansicht sein, würde er damit nur beweisen, daß er ein sehr schlechter Psychologe ist und die Stimmung oder richtiger Verstimmung der von den ärgsten Nahrungsmittelforgern geplagten Volksteile, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch des größten Teils des Kleinbürgertums und der unteren Beamtenklasse, recht wenig kennt. Seine Aeußerung wird im Gegenteil diese Kreise nur in der Ansicht bestärken, daß man an sogenannter maßgebender Stelle die wirkliche Not noch immer nicht kennt und deshalb auch von dort her kaum energische Abhilfemaßnahmen zu erwarten sind. Das ist sicherlich nicht die Absicht der neuen Darlegung des Herrn von Batocki, aber sie wird — davon wird er sich voraussichtlich schon bald überzeugen können — deren Folge sein. Seine Aeußerung über die Unmöglichkeit eines staatlichen Eingriffs in die agrarischen Produktionsverhältnisse wird nicht nur als Halbheit, sondern als eine Zurückweichung des Kriegsernährungsamtes vor den Interessen-Forderungen der Landwirtschaft oder vielmehr, da auch ein Teil der einsichtigeren Landwirte sich immer mehr mit dem Gedanken einer staatlichen Regelung abzufinden beginnt, jenes ländlichen Großgrundbesitzes aufgefaßt werden, der in Herrn v. Oldenburg-Januschau seinen Fürsprecher sieht.

Die Errichtung des Kriegsernährungsamtes ist im deutschen Volk durchweg freudig begrüßt worden, vielfach sogar mit einem Ueber Schwang der Hoffnungen, der insofern nicht ungefährlich war, als ihm notwendig in Anbetracht der ganzen Sachlage eine gewisse Enttäuschung folgen mußte. Es kann auch offen zugegeben werden, daß die Nahrungsbeschaffung in gewisser Hinsicht besser geworden ist, als sie vordem war, und wenigstens teilweise eine größere Einheitlichkeit der Maßnahmen hergestellt wurde; aber selbst jene, die die Schwierigkeiten einigermaßen kannten, denen sich bald das Kriegsernährungsamt gegenübergestellt sehen würde, haben doch einen schnelleren, energischeren Fortschritt seiner Arbeiten erwartet. Dieses Zurückbleiben hinter berechtigten dringlichen Ansprüchen liegt nicht daran, daß es der Leitung des Kriegsernährungsamtes an gutem Willen oder an Arbeitsfähigkeit mangelt. Es liegt an den mannigfachen Widerständen, die sich immer wieder von neuem auftürmen und das Vorwärtsschreiten hemmen.

Da sind zunächst die Widerstände der einzelnen Bundesstaaten, die eine verhältnismäßig starke landwirtschaftliche Produktion besitzen und die deshalb, da sie von einer einheitlichen Regelung der Ernährungsverhältnisse im Deutschen Reich einen starken Abfluß ihrer Landesprodukte, eine Verminderung des in ihrem Gebiete vorhandenen Nahrungsmittelvorrats befürchten, sich solcher einheitlichen Regelung gegenüber ablehnend verhalten. Und das Kriegsernährungsamt besitzt weder das Recht noch die diktatorische Gewalt, um jene widerstrebenden Staaten einfach zur Nachgiebigkeit zwingen zu können. Es kann lediglich, will es nicht in anerkannte Rechte der Bundesstaaten eingreifen, seine Pläne und Wünsche auf dem langsamen Wege der Vermittlung und Verständigung durchsetzen.

Ferner kommt in Betracht, daß das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet unter anormalen Umständen leidet. Die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande hat fast aufgehört, die Vorräte sind größtenteils aufgezehrt und die Neuerzeugung wird durch den Mangel an Arbeitskräften sehr erschwert. Das gilt auch für die Landwirtschaft, für sie in manchen Landesteilen sogar in erster Reihe. Es ist volkswirtschaftlich ein Unverstand, heute von der Landwirtschaft zu verlangen, sie solle nicht nur ihre Produktion in bisherigem Maße fortsetzen, sondern auch den Ausfall decken, der durch den Wegfall der früheren Zufuhren aus dem Auslande entstanden ist. Das kann sie nicht. Tatsächlich verdient das, was sie in den letzten beiden Kriegsjahren unter mühslichen Umständen geleistet hat, alle Anerkennung. Die Landwirtschaft keines anderen am Kriege beteiligten Landes, weder Englands, noch Frankreichs, noch Italiens hat eine auch nur annähernd gleiche Leistung aufzuweisen. Man muß bedenken, daß heute nicht nur insofern mehr konsumiert wird, als das Meer pro Kopf eine größere Menge bestimmter Nahrungsmittel verbraucht, als im Frieden durchschnittlich auf die einzelne Person entfällt, auch im Lande selbst hat die Knappheit der aus dem Auslande eingeführten Nahrungsmittel naturgemäß die Folge gehabt, daß heute manche landwirtschaftlichen Erzeugnisse viel mehr begehrt und verzehrt werden als früher; z. B. ist der Verbrauch von Kartoffeln zur menschlichen Nahrung enorm gestiegen, ebenso schnell im vorigen Jahre vor seiner Beschränkung der Zuderverbrauch immer mehr an und erlangte eine ganz außergewöhnliche Höhe. Dasselbe gilt von dem Verbrauch von Beeren- und Kernobst zum Einkochen von Marmeladen usw. Werden der Volksmasse bestimmte Nahrungsmittel entzogen, so steigt natürlich das Verlangen nach anderen, reichlicher vorhandenen, bis auch in diesen Knappheit eintritt.

Nicht minder sieht sich das Kriegsernährungsamt durch das Treiben jener Erwerbstreibe gehemmt, die ein Interesse daran haben, daß alle staatlichen und kommunalen Beschränkungen der Profitmacherei fallen und die sogenannte freie Produktions- und Handelsstätigkeit, das heißt die unbeschränkte Preisstreibe, wiederhergestellt wird. Das sind nicht nur gewisse landwirtschaftliche Interessengruppen, die mit Reid auf die hohen Profite der Kriegsindustrie blicken und, wie Graf Dr. Friedrich von Strachwitz-Schräddorf in einem Brief an die konservativen „Schlesische Zeitung“, ungehinderte Absatzfreiheit verlangen, damit die Landwirtschaft endlich „lohnende Preise“ für ihre Produkte erhalte, das sind nicht minder jene Großhändler, die auf Kongressen, Zusammenkünften und in der liberalen Presse an allen Maßnahmen der Behörden und Einkaufsgesellschaften herumrörgeln, über die Lebensmittelknappheit jammern und dann hinterher versichern, wenn nur die Höchstpreise abgeschafft würden und der freie Handel wieder seine Funktionen zurückerhielte, so würde sich alles bald in der schönsten Weise regeln.

Leider fällt ein Teil unserer Arbeiterpresse in Unkenntnis der hinter solchen Versicherungen stehenden Profitgelüste immer wieder auf derartige Kritiken herein, zumal wenn sie unter der Maske zärtlicher Besorgtheit um die Volksernährung auftreten, und doch zeigen die hochgetriebenen Preise für viele Produkte in England und den neutralen Ländern, obgleich diese keineswegs vom Handelsverkehr abgeschnitten sind, wie der freie Handel die Kriegslage zur Preisstreibe auszunutzen versteht. Wo ständen wir heute in Deutschland, wenn alle die Eingriffe des Staates in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht erfolgt wären? Wir hätten dann häufig, und zwar nicht nur auf wenige Tage, weder Brot noch Kartoffeln ge-

habt, während Fleisch, Butter, Fett, Eier zwar vielleicht teilweise reichlicher vorhanden wären, aber nur zu Preisen gekauft werden könnten, die den Minderbemittelten völlig von ihrem Genuß ausschließen. Das würde sicherlich vorteilhafter für die Wohlhabenden sein, aber nicht für die ärmere Bevölkerung.

Der Weg zur Besserung der Lebensmittelverhältnisse führt denn auch nicht zur Abschaffung des Kriegsernährungsamtes und zur Wiederherstellung des freien spekulativen Handelsverkehrs, sondern zur weiterer Ausdehnung der organisatorischen Kriegsmassnahmen — wenn es sein muß, unter rücksichtsloser Zurückdrängung jener Interessengruppen, die sich ihnen entgegenstemmen.

In der letzten Darlegung des Herrn v. Batocki heißt es: „Sticht man das Wirtschaftssystem des Friedens um, so muß es ohne Uebertrieb, ohne den Versuch der Ausdehnung auf praktisch dafür unerreichbare Gebiete, aber im übrigen konsequent und lückenlos durchgeführt werden, trotz aller Härten, die darin für den Erzeuger liegen.“ Ganz richtig; nur muß bald energisch nach dieser Devise gehandelt werden.

Zwischenfall in Athen.

Amsterdam, 11. September. (A. U.) Nach Berichten des Reuterschen Bureaus aus Athen wurden am Freitagabend auf ein französisches Gebäude Schüsse abgegeben, während dort eine Zusammenkunft der Gesandten des Vierverbandes stattfand. Ministerpräsident Jaimis hat sofort seine Entschuldigung dem französischen Gesandten ausgesprochen, die dieser annahm, doch wird der Zwischenfall als noch nicht erledigt angesehen. Nach weiteren Meldungen haben die Gesandten des Vierverbandes folgende Bedingungen zwecks Erledigung dieses Zwischenfalls gestellt: Erstens die Bestrafung der Missetäter; zweitens Strafantrag gegen die Beamten, welche versäumten, den Zwischenfall zu verhüten; drittens sofortige Auflösung aller Reservistenvereine in Athen und auf dem Lande. Ministerpräsident Jaimis hat geantwortet, daß die Regierung die nötigen Maßregeln ergreifen und diesbezügliche Befehle erlassen werde.

Athen, 11. September. (B. L. B.) Neutermeldung. Jaimis hatte gestern nachmittag eine längere Unterredung mit dem König, worauf ein Ministerrat stattfand. Obwohl noch nichts amtlich verlautbart wurde, ist es doch sicher, daß die Forderungen der Entente in vollem Umfange angenommen wurden. Mit der Auflösung der Reservistenbünde wurde bereits am Abend begonnen.

Griechische Freiwillige für die Ententearmee

London, 9. September. (B. L. B.) Die „Times“ meldet aus Saloniki vom 8.: Die revolutionären Truppen werden von einer Division zusammengestellt. Aus Mytilene und Thasos sind Freiwillige eingetroffen, die in die mozedonische Armee eintreten wollen.

Näheres vom Bukarester Kronrat.

Dem „Berl. Tageblatt“ wird aus Stockholm vom 11. September gemeldet:

Der Bukarester Korrespondent des „Russkoje Slowo“ gibt einen ausführlichen Bericht über jenen Kronrat, der in dem Zerbruch und der Kriegserklärung Rumäniens gipfelte. König Ferdinand erließ mit dem festen Entschluß dazu und sprach ohne Zögern in seiner Thronrede den Wunsch aus, Rumäniens Schicksal an das Auslands und der Alliierten zu knüpfen. Hierzu, so betonte er, sei er nach reiflicher Ueberlegung gekommen, wenn es ihm anfangs freilich schwer würde. Um die großrumänischen Träume zu verwirklichen, müsse Rumänien den Krieg führen. Er, der König, sei überzeugt, dieser Krieg werde sehr schwer und vielleicht von sehr langer Dauer sein, aber dies könnte ihn von dem einmal gefassten Entschlusse nicht zurückhalten. Ein Großrumänien kann aber nur auf dem Wege von Kampf und Opfer errungen werden. Würde man darauf diesmal verzichten, so würde nie wieder eine so günstige Gelegenheit eintreten. „Wir riefen den Krieg nicht heran. Der Krieg kam von selbst. Er kam unter Bedingungen, die wir nicht abzulehnen vermochten.“ Zur Kriegserklärung sei er fest entschlossen. Er erlaube im Kronrate nicht, um ihn um seinen Rat, sondern um seine Unterstützung zu eruchen. In diese heiligen Kriege verlange er Einigkeit. Schließlich bat der König den, sich von seinem Worte zu erheben, der da gegen wäre. Dabei warf er einen Blick auf Peter Carp. Carp ergriff das Wort. Er kritisierte dabei jedoch den König nicht persönlich, sondern nur sein Kabinett. Auf Carps Wunsch, daß Bratianu seine Kriegstreibeerei begründen sollte, erteilte der König Bratianu das Wort. Dieser sagte: Schon während des Balkankrieges 1912 sei ihm klar geworden, daß Rumäniens Interessen mit Oesterreich-Ungarn auseinandergingen. Seit jener Zeit überzeuge er sich allmählich von der Unnatürlichkeit des Bundes mit Deutschland und der Donaumonarchie. Im Jahre 1914, nach der Unterredung mit dem Gesandten Czernin, sei er zu dem Schlusse gekommen, daß Ungarn keine Konzessionen zu machen beabsichtige, daß somit von einem Bündnisse mit den Mittelmächten nichts zu erwarten sei. „Durch Italiens Kriegserklärung war auch unsere Zugehörigkeit als lateinische Rasse zum Bündnisse nicht mehr berechtigt. Unsere Inter-

denken zugunsten der Alliierten wurde somit zur historischen Notwendigkeit, aber bei Kriegsbeginn hielt eine Reihe von Umständen davon ab. Wir mühten warten. Mit der Zeit sahen wir ein, daß ein deutscher Sieg zweifelhaft, jetzt aber infolge unserer Intervention ausgeschlossen sei. Ich vermute, daß ich Rumänien vor eine schwere Aufgabe stelle. Aber erwartet ein schrecklicher Kampf, vielleicht sogar ein Mißerfolg, aber wir müssen diesen Weg betreten. Seit jenen Tagen, wo ich das Abkommen mit den Alliierten unterzeichnete, hörte die großrumänische Frage auf, ein nur ethnographisches Problem zu sein, sondern wurde eine politische Frage. Jetzt oder später wird sie gelöst. Wenn wir jetzt nicht eingreifen, verlieren wir alles." Filipescu und Jonescu sprachen wenig, unterstützten bloß Bratianus machiavelistische Beweisführungen.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 11. September. (B. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers vom 10. September. Unter Zurückdrängung des Feindes besetzten wir die Höhen südlich von Derbende an der persischen Grenze. Ein vom Feinde gegen unsere Truppen unternommener Angriff wurde abgeschlagen.

An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel unternahm der Feind am 8. September im Abschnitt von Dghnott nach heftiger Artillerievorbereitung zu wiederholten Malen Angriffe, die völlig abgeschlagen wurden. Der Feind, der einen Teil der Höhe 2113 besetzte und sich dort zu halten suchte, wurde durch Gegenangriff zurückgedrängt und unsere alten Stellungen wurden vollständig wiedergewonnen. In der Nacht zum 9. September und am 9. September machte der Feind im Abschnitt von Dghnott einen Angriff mit etwa zwei Divisionen. Es gelang ihm anfangs, in einem Teil unserer Stellungen Fuß zu fassen; aber durch Gegenangriff unserer Truppen wurde er in völliger Auflösung und Unordnung wieder daraus geworfen. Unsere Stellungen blieben völlig in unserer Hand. Die Aufopferung unserer tapferen Truppen war über jedes Lob erhaben. Eine Maschinengewehrabteilung leistete in ihrer Stellung bis zum letzten Mann Widerstand, und erst nach dem Tode aller Bedienungsmannschaften fielen die Maschinengewehre in die Hand des Feindes. Ebenso wurden in einem Kampfe Mann gegen Mann, der sich in der am weitesten vorgeschobenen unserer Stellungen abspielte, nur einige Jubehörteile eines unserer Gebirgsgeschütze vom Feinde genommen, der Rest blieb in unserem Besitz. Wir machten eine Anzahl Soldaten zu Gefangenen, darunter einen Hauptmann, und erbeuteten ein Maschinengewehr und eine Menge Gewehre. Im Zentrum und auf dem linken Flügel fanden für uns günstige Scharmügel statt.

Von den übrigen Fronten ist kein Ereignis von Bedeutung zu berichten.

Der Feind machte am 8. September einen neuen Angriff bei Dobric, wurde aber durch die osmanischen Truppen und die der Verbündeten wiederum geschlagen.

Die Vizegenerallistmus.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 10. September nachmittags. (B. Z. V.) Südlich von der Somme richteten die Deutschen im Laufe der Nacht wieder mehrfach starke Angriffe auf verschiedene Punkte zwischen Vesloven-Santerre und Carleux, bei dem sie brennende Flüssigkeiten verwendeten. Sie hatten anfänglich Erfolg und schoben in einem der neuen französischen Gräben Fuß. Ein kräftiger Gegenangriff nahm ihnen das ganze zeitweilig besetzte Gelände, und die Franzosen nahmen vier Maschinengewehre weg. Südwestlich von Erny, östlich von Denicourt und südlich von Vermandovillers führten deutsche Handgranatengriffe nach heftigem Geschützfeuer zu lebhaften Kämpfen. Die Deutschen wurden auf der ganzen Linie in ihre Ausgangsgräben zurückgeworfen.

Nördlich von der Maas fielen infolge eines gestrigen von den Franzosen glänzend durchgeführten Gefechts östlich von Fleury 100 weitere Gefangene in deren Hände, was die Gesamtzahl der bei dieser Unternehmung gefangenen Deutschen auf 300 brachte. Ein deutscher Angriff auf die von den Franzosen westlich von der Straße nach Fort Bauz eroberten Stellungen scheiterte an Sperr- und Maschinengewehrfeuer. Deutsche Handstreichs bei Sparges und im Walde von Parroy hatten kein Ergebnis.

Orientalarmee. Zeitweiliges Geschützfeuer an einem großen Teil der Front. In der Gegend westlich von Vetreuil räumten die Bulgaren mehrere Gräben unter Zurücklassung von Maschinengewehren.

Vom 10. September abends. (B. Z. V.) Südlich der Somme griffen die Deutschen zweimal unsere Gräben südwestlich von Vermy an; ihre Angriffsversuche scheiterten völlig. Unsere Artillerie war im Laufe des Tages an der ganzen Sommerfront tätig. Sonst verlief der Tag überall ruhig.

Flugwesen. Neun unserer Flugzeuge lieferten über den feindlichen Linien 40 Gefechte, in deren Verlauf die deutschen Luftkräfte empfindliche Verluste erlitten.

An der Sommerfront schob der Feldwebel Dorne sein neuntes feindliches Flugzeug ab, das bei Beaulecourt (südlich von Vopanne) niederkam, vier andere deutsche Flugzeuge führten lampenfähig ab, eins in der Gegend von Maisonette, die anderen nördlich und östlich von Veronne.

An der Verdun-Front geschickte ein von Maschinengewehrfeuer ganz aus der Nähe getroffenes feindliches Flugzeug auf dem Boden bei Dieppe, ein anderes wurde über den ersten deutschen Linien bei Banquois (Argonnen) abgeschossen. In der Nacht zum 10. September warf eines unserer Schwadronen 480 Bomben auf feindliche Bahnhöfe und Depots in der Gegend von Chauny. Mehrere Flugzeuge dieses Schwadrons legten zweimal die Strecke von ihrem Fluglande zu der Beschießungsstelle zurück. In derselben Nacht warfen 18 unserer Flugzeuge zahlreiche Granaten auf militärische Einrichtungen von Dam und die Gegend südlich von Veronne. Zahlreiche Brände wurden an den Orten der Beschießung festgelegt.

Belgischer Bericht. An der belgischen Front hat sich nichts ereignet.

Die englische Meldung.

Vom 10. September nachmittags. (B. Z. V.) Alles gewonnenes Gelände ist gehalten und unser Gewinn ausgedehnt worden. Gegenangriffe nördlich von Pozieres sind abgeschlagen. Das Ergebnis der Kämpfe dieser Woche ist, daß unsere Linie auf einer Front von 6000 Yards um 300 bis 3000 Yards vorgeschoben worden ist.

Vom 10. September abends. (B. Z. V.) Der Feind machte am Sonntag nachmittag nördlich von Ginchy einen Gegenangriff, wurde aber zurückgeschlagen. In den letzten 24 Stunden wurden 350 Gefangene gemacht und drei Maschinengewehre erbeutet. Unser Angriff erfolgte hinter den Fliegern, die die feindlichen Truppen mit Maschinengewehrfeuer angriffen. Es fanden zahlreiche Luftkämpfe statt, wobei drei feindliche Flugzeuge vernichtet wurden. Eins wurde beschädigt. Britische Truppen drangen in die feindlichen Laufgräben südlich von Reube Chapelle ein und stigten dem Gegner schwere Verluste zu.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 10. September nachmittags. (B. Z. V.) Westfront. Sieben deutsche Flugzeuge überflogen die Gegend der Eisenbahn Kowel-Rossische. Unser Flieger, Hauptmann Kaskaloff, nahm nacheinander den Kampf mit zwei Flugzeugen auf und zwang

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 11. September 1916. (B. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Nichts Neues.

Front des Generalfeldmarshalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Dem großen englischen Angriff vom 9. September folgten gestern begrenzter, aber kräftig geführte Stöße an der Straße Pozieres-le Sars und gegen den Abschnitt Ginchy-Combles. Sie wurden abgewiesen. Im Ginchy und südlich davon sind seit heute früh neue Kämpfe im Gange. Bei Longueval und im Waldchen von Lenze (zwischen Ginchy und Combles) sind in den gestern geschloffenen Kämpfen vorgeschobene Gräben in der Hand des Feindes geblieben. Die Franzosen griffen südlich der Somme vergeblich bei Bellon und Vermandovillers an. Wir gewannen einzelne am 8. September vom Gegner besetzte Häuser von Vermy zurück und machten über 50 Gefangene.

Front des deutschen Kronprinzen.

Zeitweise scharfer Feuerkampf östlich der Maas.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Beiderseits von Stara Czerniewitze erfuhren die abermals und mit starken Kräften angreifenden Russen wie am Tage vorher blutige Abweisung.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Die Kämpfe zwischen der Flota Lipa und dem Dnjepr am 7. und 8. September stellen sich als Versuch der Russen dar, unter Ausnutzung ihres Geländegewinns vom 6. September in schnellem Nachstoß auf Burzstyn durchzubrechen und sich gleichzeitig in Besitz von Halicz zu setzen. Die geschickte geleitete und ebenso durchgeführte Verteidigung des Generals Grafen v. Bothmer hat diese Absicht vereitelt. Die Russen erlitten ungewöhnlich schwere Verluste. In den Karpathen ist die Lage im allgemeinen unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 11. September 1916. (B. Z. V.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Nördlich von Orsova wiesen unsere Truppen mehrere feindliche Angriffe ab. Westlich der Belden Sergyos und Gsl wurde unsere Front etwas zurückgenommen.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Stärkere feindliche Angriffe nördlich des Goldenen Distriktes und der Kasailowa blieben erfolglos. Sonst keine Ereignisse.

Heeresfront des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Am unteren Stochod wiederholte der Feind seine heftigen Angriffe, die im Artilleriefeuer oder vor den eigenen Gräben zusammenbrachen. An der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Front zwischen dem Gisch- und dem Aschtal entfalteten die Italiener eine erhöhte Tätigkeit. Unsere Höhenstellungen in diesem Raum fanden gestern unter starkem Artillerie- und Minenfeuer. Im Abschnitt Monte Epil-Monte Teso wurde ein Vorstoß von mehreren feindlichen Bataillonen abgeschlagen. Am Pasubio drang der Gegner an zwei Stellen in unsere Linien ein. Gegenangriffe warfen ihn sogleich wieder hinaus. 68 Gefangene blieben in unseren Händen. Auch am Monte Rajo scheiterte ein feindlicher Angriff.

An der übrigen Front im Südwesten hielt der Beschützungskampf zumeist in mäßiger Stärke in mehreren Abschnitten an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Sojusa keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Oeser, Feldmarschalleutnant.

Die sich nach dem Westen zu entfernen; eines ließ einen langen Rauchstreifen hinter sich. Am 9. September ist an der oberen Gorojanska der tapfere Regimentskommandeur Oberst Ledebess gefallen.

Im Laufe der Kämpfe in den Waldkarpathen machten wir vom 31. August bis einschließlich 6. September 16 Offiziere und 1899 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 2 Gebirgsgeschütze, 20 Maschinengewehre, viele Gewehre und Handgranaten.

An der Dnjepr machten am 9. September Seeflugzeuge des Feindes einen nicht geglückten Angriff auf die Insel Mound im Nigatischen Meerbusen. Im Laufe des Tages erschienen feindliche Seeflugzeuge mehrmals über der Meerenge von Jeben und lieferten Luftkämpfe mit unseren Fliegern. Obgleich der Feind an Zahl überlegen war, schlugen wir ihn jedesmal zurück. Der Leutnant zur See Dasonoff brachte ein feindliches Flugzeug zum Absturz, das ins Meer fiel.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 10. September. (B. Z. V.) An der Trientiner Front große Lebhaftigkeit der feindlichen Artillerie und keine ergebnislose Angriffe gegen unsere Stellungen an der Valga Jugna (Grandtal), auf der Höhe von Vialgo und auf dem Cauriol (Abisso). In der Dolmeiner Gegend versuchte der Gegner gestern nach heftigem Bombenverfen einen Einbruch in unsere Gräben bei Dolje. Er wurde sofort zurückgeschlagen. Am unteren Monzo geschickte Tätigkeit der Artillerie und Bombenwerfer. Einige Geschosse fielen auf Gora, Romans und Monsalcone, ohne Schaden anzurichten. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf unsere Stellungen im Suganatal, wobei zwei Soldaten verwundet wurden.

Albanien: Am die Südfont des Flages Balona besser zu sichern, besetzten unsere Truppen gestern ohne Zwischenfall die Höhen zwischen Porto Palermo und dem Dorfe Subase an dem Bache Grinos im Bojusagebiet.

Rumänischer Bericht.

Vom 10. September. (B. Z. V.) Lebhafter Kampf in den oberen Tälern der Maros und des Ditu. Der Feind zieht sich nach Westen zurück. Wir beschossen Bidbin, Compalansa und Rabowo, das in Flammen steht. Unsere Flieger betwarfen ein feindliches Ziel bei Lutrafan mit Bomben.

Vom 10. September. (B. Z. V.) An der Nordfront und an der Nordwestfront dauern die lebhaftesten Kämpfe im Marostale westlich von Toplicea fort. Wir besetzten Gait Szereba. Unsere Truppen setzten die Verfolgung des sich zurückziehenden Feindes nach Westen fort. An der Südfont bombardierte der Feind Giurgeoa. Unsere Flieger warfen Bomben auf die besetzten Stellungen von Rusiskul.

Neue Aushebungen in Italien.

Bern, 10. September. (B. Z. V.) Das militärische Amtsblatt in Rom enthält die Einberufung der Jahressklassen 1897 erster, zweiter und dritter Kategorie; das Aushebungsgeschäft soll am 21. September beginnen. Gleichzeitig haben sich die Zurückgestellten der Marinetruppen erster, zweiter und dritter Kategorie der Jahrgänge 1882 bis 1888 zu stellen.

Hervé über die rumänische Lage.

Bern, 10. September. (B. Z. V.) Nach einem Leitartikel der „Victoire“ sieht Hervé trotz der von ihm als nicht ungünstig bezeichneten militärischen Gesamtlage im Süden von Rumänien eine schwere Welle aufsteigen. Die sich bereits zwischen Lutrafan und Sillistria zu entladen beginne. Das würde, meint er, nicht schlimm sein, wenn die Saloniki-Armee die Bulgaren in einigen Tagen über den Haufen rennen und in Sofia einziehen könnte; wahrscheinlich aber würde sie die Bulgaren nur wochenlang festhalten oder langsam zurückdrängen können. Er sei etwas erschrocken darüber, daß der Führer der russischen Truppen in Rumänien nicht unter Iwanoff, sondern unter dem rumänischen Generalstab stehe; also stelle Rußland zur Offensiv gegen Bulgarien nur ein Expeditionskorps von 50 und soviel tausend Mann. Dabei ständen die rumänischen Kerntruppen gegen Eiebenbürgen! Man wolle demnach Madensen den Weg nach Bukarest freigeben.

Vom U-Boot-Krieg.

Amsterdam, 10. September. (B. Z. V.) Meldung der Niederländischen Telegraphen-Agentur. Der norwegische Dampfer „Lindborg“, von Rotterdam nach London bestimmt, ist um 6 Uhr früh 15 Seemeilen nordwestlich vom Raas-Feuerschiff von einem deutschen U-Boot versenkt worden; die Besatzung wurde in ihren Booten von dem U-Boot zum Feuerschiff geschleppt und ist in Hoel van Holland gelandet.

Amsterdam, 11. September. (B. Z. V.) Nach hier vorliegenden Meldungen hatte der norwegische Dampfer „Lindborg“, der von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist, eine Ladung von Speck, Margarine und Obst an Bord.

London, 8. September. (B. Z. V.) Nach einer Hochmeldung ist der britische Dampfer „Corridge“ (5086 Tonnen) zum Sinken gebracht worden.

Holländisches Motorschiff aufgebracht.

Berlin, 11. September. (B. Z. V.) Am 10. September morgens wurde in der Nordsee das holländische Motorschiff „Zeeme eut“ mit Mannware auf der Fahrt von Rotterdam nach London aufgebracht.

Zum Untergang des „Leonardo da Vinci“.

Bern, 11. September. (B. Z. V.) Einer in italienischen Blättern veröffentlichten Stefanmeldung zufolge fanden bei dem Untergang des Großkampfschiffes „Leonardo da Vinci“ 21 Offiziere 227 Mann den Tod. Ueber den Untergang meldet „Corriere della Sera“ aus Tarent, daß am 2. August abends 11 Uhr 10 Minuten Stadt und Meer plötzlich von ungeheuren Feuergeräuschen erfüllt wurden. Sofort hätte man zahlreiche Explosionen gehört, die die Häuser erzittern machten und die Fenster einbrachten. Vom Ufer aus habe man ein brennendes Schiff gesehen, von dem fortwährend neue Teile unter starkem Getöse in die Luft flogen. Der Brand sei vermutlich durch Selbstentzündung von Naphtalin in einem Behälter in der Nähe des Deckturms ausgebrochen. Alle Lösungsversuche seien vergebens gewesen. Der Kommandant habe deshalb die Schottentüren öffnen und die Munitionskammern überfluten lassen, worauf das Feuer nachließ. Das Schiff habe sich auf die rechte Seite gelegt und sei nach vierzig Minuten untergegangen. Der erste und zweite Kommandant hätten den Tod gefunden.

Die deutschen Internierten in der Schweiz gut versorgt.

Berlin, 11. September. (B. Z. V.) Generalmajor Friedrich, Departements-Direktor im Preussischen Kriegsministerium, hat sich im Auftrag des stellvertretenden Kriegsministers und im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt in der vergangenen Woche nach der Schweiz begeben, um u. a. mit den Schweizer Behörden verschiedene Fragen betreffend die Internierung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zu besprechen und einige Internierungsorte zu besuchen.

Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß Unterkunft, Verpflegung usw. der Internierten in jeder Beziehung zufriedenstellend sind und daß die Schweizer Behörden in dankenswerter Weise für deren Wohlergehen sorgen.

Auch die Verhandlungen über die wichtige Frage der Beschäftigung arbeitsfähiger Kriegsgefangener und andere Angelegenheiten haben volle Einigung ergeben. Die Angehörigen der in der Schweiz internierten Deutschen können versichert sein, daß für ihre Interessen in jeder Beziehung gesorgt ist und daß sie körperlich und geistig erholt nach Abschluß des Krieges in die Heimat zurückkehren werden.

Drohender Eisenbahnerausstand in England

Cardiff, 10. September. (B. Z. V.) Eine Versammlung von 3000 Eisenbahnangestellten, welche alle Bezirke von Süd-Wales vertreten, hat eine Entschliessung angenommen, daß sie um Mitternacht zum 17. September einen Ausstand beginnen wollten, wenn ihre Forderung auf Lohnzulage von 10 Schilling wöchentlich nicht verbürgt werde und diese Lohnerhöhung nicht außerdem rückwirkend bis zum 1. Juli in Kraft trete; außerdem fordern sie von der Regierung tatsächliche Bürgschaften, daß sie künftig die Zufuhr von Nahrungsmitteln überwachen und ihre Preise regeln werde.

Streik in den Getreidemühlen von Liverpool.

London, 9. September. (B. Z. V.) In den Getreidemühlen von Liverpool, die zu den größten Mühlen Europas gehören, ist ein Streik ausgebrochen. Mehrere tausend Arbeiter legen die Arbeit nieder als Protest gegen die Bestimmung, daß sie ihre Wahlzeiten nicht zu derselben Zeit einnehmen sollen.

Europa von einer Hungersnot bedroht.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht laut einem Haager Telegramm der „Frankf. Ztg.“ vom 8. September einen interessanten Zeitartikel über die Ernährung Europas, wobei er zu dem Schluss kommt, daß bei einer längeren Fortdauer des Krieges der Nahrungsmittelmangel für Europa zu einer Hungersnot führen könne. Die normale Ausfuhr aus Rußland sei für Westeuropa gänzlich abgebrochen. Für die Ausfuhr aus Südamerika mangelte der nötige Schiffsraum. Aus Nordamerika sei eine gleiche Ausfuhr wie im Vorjahre nicht zu erwarten. Minister Harcourt habe vor kurzem im englischen Unterhause auf eine Frage über die Steigerung der Brotpreise in London geantwortet, daß diese Erscheinung lediglich eine Folge der Steigerung der Weizenpreise in Nordamerika sei, die durch die unglückliche Ernte verursacht werde. An einem Tage im August sei der Preis für nördlichen Manitoba-Weizen in Mark-Lane von 57 Schilling auf 72 Schilling 2 Pence gestiegen. Aus den offiziellen Veröffentlichungen über die Landwirtschaft Rußlands im Jahre 1915 ergäben sich sehr beunruhigende Ziffern für den Viehbestand. Die vierzig Millionen Stück Vieh vom Jahre 1915 seien auf 81 Millionen Stück herabgegangen. In einigen Städten herrsche bereits Mangel. Die Regierung selbst habe keine einzige Maßregel getroffen, um eine Katastrophe zu vermeiden. Die Frage sei nun, ob nicht bereits jetzt schon beinahe ein Jahr nach der Verminderung des Viehstandes von 40 auf 81 Millionen Stück eine große Katastrophe vonseiten Rußlands drohe, selbst wenn der Krieg endige. Auch die neutralen Länder würden schwer bedroht. Durch Verpeicherung und Wintern gingen eine Anzahl Schiffe verloren. Der nächste Weg nach den Getreideproduzierenden Ländern sei gesperrt. Außerdem seien Getreideschiffe zu wiederholten Malen angehalten worden. In der letzten Zeit hätten Schiffe mit Weizen in England während sechs Wochen bleiben müssen, wodurch die gesamte Weizenladung verdorben sei. Es drohe Mangel an Brotkorn und vor allem an Viehfutter. Allseitig höre man, daß die Bauern die Schweinezucht einstellen. Mindestens sei in großer Menge vorhanden, aber es fehle an den Mitteln, um das Rindvieh während des Winters durchzuführen. Außerdem vermindere sich die Produktion, da es häufig an geschulten Betriebsleitern und an Arbeitern fehle. Ebenso erfähren die Betriebe eine Verminderung durch den Mangel an Dünger, und dies nicht allein nur in den Kriegsländern. Die niederländischen Schiffe mit Chile-Salpeter seien im Frühjahr angehalten worden mit der Folge, daß die niederländische Kartoffelernte einen schweren Schaden erlitten habe. Das unentbehrliche Superphosphat mangle, da Spirit, das zu dessen Herstellung notwendig sei, nicht durchgelassen werde. Von allen Seiten nehme also die Produktion ab und ebenso die Einfuhr. „Wird nun Europa vor einer Hungersnot bedroht?“ heißt es in dem Artikel, und die Antwort lautet: „Wenn der Krieg noch lange dauert, muß die Hungersnot kommen.“ Es sei allerdings eine irrige Meinung, wenn man annehme, daß die Gefahr lediglich für Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehe. Zweifellos befänden sich beide Länder in der schwierigsten Lage, aber sie seien am besten in der Lage, die Organisation zu schaffen, die nötig sei, um die Gefahr abzuwenden. Der Artikel mahnt am Schluß, die größte Wachsamkeit in Holland walten zu lassen.

Vom Aufstand in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 11. September. (W. T. G.) Dem „Handelsblad“ wird aus Niederländisch-Indien vom 8. gemeldet: Der Kommandant von Moara Tebo berichtet, daß am Donnerstag und Freitag 18 Aufständische gefangen sind und 21 gefangen genommen wurden. Die Holländer erbeuteten viele Waffen. In einem Telegramm vom Donnerstag berichtet der Resident von Djambi, daß die Aufständischen am Mittwochabend einen Angriff auf Tsch Pandjangan verübten.

Nach einem Telegramm des „Nieuwen Rotterdamse Courant“ aus Soerabaja wurde Moara Tebo von den Regierungstruppen wieder erobert. Die Verluste der Aufständischen waren 50 Mann.

Kleine Kriegsnachrichten.

Johannesburg, 7. September. (W. T. G.) Neutermeldung. Zwei Kompagnien südafrikanischer Eisenbahner sind von der Londoner Regierung zur Dienstleistung in Frankreich erboten worden.

Zurücklernen!

Genosse Friedrich Stampfer schreibt uns: Genosse Haenisch freut sich, daß es ihm gelungen ist, eine Kriegszieldebatte zwischen Mehrheitsanhängern im „Vorwärts“ zustande zu bringen. Ich bin nicht der Meinung, daß das Entzücken der Partei darüber allgemein ist und will mich darum so kurz wie möglich fassen.

Haenisch erklärt sich für einen dreimal deutschen Sozialisten. Deutsch, das ist die Hauptsache; mit internationalen Kulturzielen, Freiheit, Selbstbestimmungsrecht ist's aber jetzt nur noch lala sofo. (Dreimoltskulturschranke!) Ich bin dagegen der festen Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie dem deutschen Volke nicht besser dienen kann, als durch entschlossenes Festhalten an ihrer Weltanschauung und ihren Grundsätzen.

Haenisch meint resigniert, unter kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen könne es ja doch kein Selbstbestimmungsrecht geben. Zugegeben, daß die Frage des demokratischen Selbstbestimmungsrechts für die Fidschi-Insulaner noch nicht aktuell ist. Aber die Deutschen und die sie umgebenden Völkervölker sind keine Fidschi-Insulaner, freuen wir uns als Sozialisten darüber! Freuen wir uns, daß es überall Männer gibt, die bereit sind, für die Freiheit ihres Volkes zu kämpfen und zu sterben!

Weil wir deutsche Sozialisten sind, kämpfen wir für die Freiheit des deutschen Volkes nach innen und außen. Darum steht die Mehrheit auf dem Boden des 4. August. Wir haben aber nicht die Absicht, uns einem dreimal deutschen Sozialismus gefangen zu geben, der weltpolitisch überlegen mit den Achseln zuckt, wenn von der Freiheit fremder Völker die Rede ist.

Haenisch denkt jetzt nur noch an die bestmögliche militärische Vorbereitung eines neuen Weltkrieges. Wir aber kämpfen mit heißer Leidenschaft für die Erhaltung des künftigen Friedens!

Das Vorgelegte wird mich hoffentlich vor falschen Auslegungen schützen, wenn ich unseren Anexionspolitikern schließlich noch das Folgende zu bedenken gebe:

Das Freiheitsstreben der Völker ist eine politische Realität, und mit ihr rechnen die Politiker der Entente. Jeder Franzose kämpft nach seiner Meinung „pour la liberté“, jeder Engländer „for liberty“.

Unsere Anexionspolitik — ich meine damit nicht Haenisch — stellen sich aber hin und erklären, treuherzig wie sie nun einmal sind: „Deutsch, deutsch und noch einmal

deutsch!“ Solche Aeußerungen mögen als Ausdruck unwürdiger Begeisterung manchem nicht unympathisch sein. Als Ausdruck politischer Klugheit können sie mir nicht imponieren. Ich kann nicht glauben, daß sie dem deutschen Volk nützlich sind, das doch wirklich, wie Haenisch ganz richtig sagt, „um seine nackte Existenz kämpft“.

Ich bleibe also dabei, daß wir deutschen Sozialisten unserem schwerbedrängten Volk nicht besser dienen können als dadurch, daß wir für unsere Grundsätze, für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, entschieden eintreten: nicht bloß mit dem Munde, wie es die feindlichen Eroberungspolitikern tun, sondern aus festgewurzelter Ueberzeugung und mit ganzem Herzen.

(2) Friedrich Stampfer.

Politische Uebersicht.

Ein freisinniger Anexionist.

Der „Deutsche Kurier“ drückt mit großem Behagen die Auffassungen des Vorsitzenden einer freisinnigen Organisation, Dr. J. Neumann-Prohau, in der „München-Augsburger Abendzeitung“ ab, die, wie das nationalliberale Organ lobend bemerkt, aus dem Nebelwund der Schlagworte von den Ueberanexionisten usw. vorteilhaft heraustreten. Dr. Neumann schreibt u. a.:

„Die fortschrittliche Volkspartei hat sich mehrmals grundsätzlich zur Forderung einer Ausweitung unserer Reichsgrenzen bekannt, unter anderem durch Zustimmung zu der vom Abgeordneten Spahn am 8. Dezember 1915 im Reichstag abgegebenen gemeinsamen Erklärung der bürgerlichen Parteien, dann vor allem durch die Entschliessung des Zentralausschusses vom Dezember 1915. Allerdings läßt diese Entschliessung Raum für Deutung im einzelnen, und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob diejenigen, welche bei dem Wort Anexion gleich ein Grinsen überfällt, und welche die Angliederung eines fremden Gebietes allenfalls unter besonderen Umständen als ein notwendiges Uebel in Kauf zu nehmen geneigt sind, alle Sabel ansetzten, um die Mehrheit für sich zu gewinnen.“

Dieser Gruppe in der Freisinnigen Partei, als deren Repräsentanten er das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ betrachtet, sagt Dr. Neumann offene Pein an. Sie arbeite, erklärt er entrüstet, mit Schlagworten, gebe ihre eigenen Ziele nur andeutungsweise bekannt, greife bei der Bekämpfung ihrer Gegner zu den größten Uebertreibungen, sage nicht, wie man beispielsweise in Belgien „reale Garantien“ erlangen könne, wenn jede Angliederung unbedingt zu verwerfen sei — so geht es noch weiter ganz im Sinne der Ausführungen, die der — sozialdemokratische Anexionist Konrad Haenisch neulich hier gegen die anexionistischen Bestrebungen der Partei zum besten gegeben hat. Selbstverständlich ist Herr Dr. Neumann auch ein Herz und eine Seele mit den Engländern gegen den Schlag des Grafen Reventlow. Er schließt mit folgender Kampfansage:

„Wer der Ueberzeugung ist, daß England der Feind ist und bleibt, daß es niemals gutwillig ein starkes Deutschland neben sich dulden wird, und an einen Kompromißfrieden mit uns nicht im entferntesten denkt — die Aeußerungen der englischen Staatsmänner und Zeitungen gerade der letzten Wochen und Monate lassen keinen anderen Schluß zu —, der wird daraus ganz von selbst die richtigen Schlußfolgerungen ziehen.“ (2)

König Ludwig von Bayern über den Frieden.

Bei der gestern stattgefundenen Eröffnung des neuen Justizgebäudes in München hielt König Ludwig von Bayern eine Ansprache, bei der er, laut einem Wolff-Bericht, sich folgendermaßen über den Frieden äußerte:

„Wir wünschen alle, daß eine nicht zu ferne Zeit uns den Frieden bringen wird, einen Frieden, der ehrenvoll und ruhmreich sein wird und der uns auf Jahrzehnte hinaus davor sichern wird, daß wir nicht mehr von der ganzen Welt überfallen werden.“

In seiner Antwort auf eine Rede des Oberbürgermeisters von München jagte der König noch:

„Wie lange der Krieg noch dauern wird, wissen wir nicht, aber etwas anderes wissen wir gewiß, daß wir keinen Frieden schließen werden, der uns erniedrigt, sondern nur einen Frieden, der uns eine bessere Stellung gibt, als wir sie bis jetzt hatten.“

Unzufriedene Nationalliberale.

Mit der Verichterstattung über die Konferenz der Parteiführer beim Reichsanzeiger ist eine an den „Deutschen Kurier“ — vermutlich aus parlamentarischen Kreisen — gerichtete Zuschrift höchst unzufrieden. Die völlig unzureichende Verichterstattung wird zurückgeführt entweder auf die strenge Verschwiegenheit der Teilnehmer oder auf die Inaktivität der Verhandlungen. Besonders wird kritisiert, daß der offizielle Bericht hervorhob, die Abgeordneten hätten „selbständige Fragen“ gestellt, und dann „bereitswillig“ Antwort erhalten.“ Das nationalliberale Blatt bemerkt dazu: „Wir haben geglaubt, daß die Konferenzen der Parteiführer beim Reichsanzeiger zu dem Zwecke zusammenberufen werden, um ausführlich und eingehend die politischen Fragen in ihrer Gesamtheit zu besprechen. Welch ein Eindruck wird im Ausland durch eine derartige offizielle Auslassung erzielt, die zunächst den Abgeordneten die Fähigkeit zur selbständigen Fragestellung testiert und dann, sich lobend, die Bereitschaft der Beantwortung feststellt. Man vergleiche damit die Stellung und den Einfluß der parlamentarischen Ausschüsse in England und Frankreich.“

Herr Erzberger.

Die Errichtung eines parlamentarischen Beirats für die auswärtige Politik ist von dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Stresemann jüngst auf dem nationalliberalen Vertretertag für Thüringen gefordert worden. Er bezeichnete es als notwendig, daß ein parlamentarischer Beirat aus den Vorsitzenden der großen Parteien gebildet wird, der das Recht erhält, unter Zurverfügungstellung aller erforderlichen Akten in dauernder Verbindung mit den führenden Persönlichkeiten der Reichsregierung über den Gang der auswärtigen Politik zu machen. Grundfällige Bedenken dürften einem solchen System um so weniger entgegenstehen, „als die Regierung dem Führer einer politischen Partei bereits eine derartige Stellung seit Kriegsbeginn zugewiesen hat, und es nur darauf ankomme, daß die ihm gegenüber zuteil werdende weitgehende Unterstützung über die gegenwärtige auswärtige Politik auch Jähren anderer Parteien zugesprochen wird.“ Hierzu wird „aus parlamentarischen Kreisen“ dem „Stuttgarter Beobachter“ in einem C. D. (Conrad Daubmann?) dem gezeichneten Artikel geschrieben: „Die späte Bemerkung des Reichstagsabgeordneten Stresemann, wonach ein Reichstagsabgeordneter seit Kriegsbeginn die Stellung eines zur Aktenkenntnis Berechtigten zugewiesen erhalten habe“, zielt nicht auf Herrn Stresemann, sondern auf Herrn Erzberger, dessen diplomatische Tätigkeit vielfach und von ihm selbst besprochen worden ist. Sie hat sich auch in dem Telegrammkonto des auswärtigen Amtes gespiegelt.“

Die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ für das preussische Wahlrecht.

Der Krieg spreche für, nicht gegen das preussische Wahlrecht, so sagt die „D. V. Z.“, indem sie sich für das preussische Wahlrecht ins Zeug legt. Höchstens eine Abstufung des Wahlrechts will sie nach

dem Kriege zugehen. Für Hindenburg und Tirpitz und für jeden Reichsrauen bestehe vaterländische Pflichtgleichheit; aber der staats- und völkischen Gesamtheit leiste ein Hindenburg oder ein Tirpitz ungleich mehr als ein beliebiger ungenannter Kriegskamerad, so wader dieser auch seinen Mann stehe. Darum hätten die ersteren auch einen größeren Anspruch auf die Rechte, die sie erst zu höchsten Leistungen befähigten. Daran knüpft sich ein Lob auf das preussische Dreiklassenparlament. Es könne mit gutem Recht gefagt werden, daß im allgemeinen vor dem Kriege der preussische Landtag mehr Verständnis und Willen für die Notwendigkeit der stärksten militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Kraftentwicklung bewiesen habe als der Reichstag.

Der Staatsangehörigkeit verlustig.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Beschluß des Ministeriums für Elsaß-Lothringen, wonach der bisherige Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Metz, Dr. Georg Weill, der elsass-lothringischen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt wird, weil er der vom Kaiser erlassenen Aufforderung der Deutschen im Ausland zur Rückkehr keine Folge geleistet hat. Damit wird auch die bayerische Staatsangehörigkeit, die Weill erworben hatte, für hinfällig erklärt. — Gleichzeitig veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ eine Liste von Elsaß-Lothringern, denen aus den gleichen Gründen die elsass-lothringische Staatsangehörigkeit abgesprochen worden ist. Darunter befinden sich der Zeichner Leo Walz, der Rechtsanwalt Eisenglimmer in Metzhausen und der im Disziplinarverfahren aus dem Amt entlassene Landrichter Alfred Weill.

Das Versammlungsgrecht in Kiel.

Der Gouverneur des Reichskriegshafens Kiel, Admiral Bachmann, hat angeordnet, daß künftig alle Versammlungen, in denen politische oder wirtschaftliche Fragen allgemeiner oder besonderer Art besprochen werden sollen und die ihrer Natur nach für einen Kreis von 100 und mehr Personen berechnet sind, genehmigungspflichtig sind. Die Anmeldung muß mindestens 48 Stunden vorher unter Vorlegung der genauen Tagesordnung und mit Bezeichnung der im voraus bestimmten Redner zu erfolgen. Der Militärpolizeimeister entscheidet, ob die Versammlung genehmigt und ob sie überwacht werden soll. (2)

Das tägliche Brot.

Die Methode der Schutzvögel.

In diesen Monaten der höchst mangelhaften Lebensmittelversorgung hat die agrarische Presse mehr als einmal behauptet, daß die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln besser wäre, wenn die Regierung beiseiten höhere landwirtschaftliche Schutzvögel eingeführt hätte. Offenbar soll das eine Vorarbeit sein für den Kampf um höhere Schutzvögel nach dem Krieg. Deshalb scheint es sehr angebracht, rechtzeitig an die Abwehr solcher Bestrebungen zu denken. Von diesem Standpunkt aus verdient ein Artikel Beachtung, den der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Doormann in der „Vreslaurer Zeitung“ veröffentlicht. In diesem Artikel wird recht zutreffend auseinandergesetzt, daß der deutsche Landwirt nur das eine oder das andere, nicht aber alles anbauen kann, denn der zur Verfügung stehende Boden ist seinem Umfange und im wesentlichen auch seiner Beschaffenheit nach gegeben. Es läßt sich eine bestimmte Verwendungsart in der Regel nur ausbreiten auf Kosten einer anderen.

Abg. Doormann stellt dann die Reichfertigkeit fest, mit der hier wieder einmal höhere Zölle verlangt werden. „Handelt es sich um das Brotgetreide, so wird uns der unwiderlegliche Nachweis gebracht, es bedürfte nur eines einzigen kräftigen Rucks, um das Ziel der ausreichenden Eigenversorgung zu erreichen. Handelt es sich um die Fleischversorgung, so wird uns in plausibler Weise vorgerechnet, die Kleinigkeit von vier oder fünf Prozent, die uns das Ausland liefert, sei nicht der Rede wert und könne mit Leichtigkeit durch die Steigerung der heimischen Viehzucht entbehrlich gemacht werden. Wendet man ein, die allerdings riesige Fleischgewinnung ruhe zu einem wesentlichen höheren Bruchteil auf ausländischen Futtermitteln, so macht auch dies kein großes Kopfzerbrechen, sondern aus der unfeugbaren Tatsache, daß es in unserem Vaterlande noch ungenutzt oder nicht genügend genutzte Gelegenheiten zur Futtergewinnung gibt, wird ohne weiteres geschlossen, das Fehlende könne unter der Voraussetzung ausreichenden Bodenschutzes auf der gegebenen Bodenfläche ohne sonderliche Mühe gewonnen werden. Die Reihe läßt sich, wie wir gesehen haben, fortsetzen: Getreide, Wolle, Flach, Geflügel und Eier und noch manches andere; jedes einzelne vermag der heimische Boden selbstverständlich in ausreichender Menge zu liefern, hat er doch früher bereits von diesem oder jenem wesentlich mehr geliefert als jetzt. Aber alles zusammen und alles gleichzeitig, Jahr für Jahr, ohne daß das eine dem anderen den Platz einengt? Das ist doch die entscheidende Frage, allein sie kommt auffallenderweise nie zu ihrem Recht.“

Die hohen Fischpreise und die Fischindustriellen.

Die vom Reichsamt des Innern in Verbindung mit dem Verein der Fischindustriellen eingeleiteten Maßnahmen auf Festsetzung von Höchstpreisen für Räucherfische und Marinaden führten die Industriellen (Fischräucherer, Fischhändler und Fischkommissionäre) aus der westlichen Ostsee zu einer Versammlung in Eckernförde zusammen. Es wurde allgemein anerkannt, daß die Räucherfische viel zu teuer, namentlich aus den nördlichen Ländern eingekauft und daß sie dementsprechend viel zu teuer verkauft würden. Eine Verbilligung der Räucherware sei unbedingt notwendig, allein schon aus nationalen Gründen. Schließlich wurde eine an das Kriegsernährungsamt gerichtete Entschliessung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Preise für Räucherfische und Marinaden allmählich eine ganz unangemessene und unnatürliche Höhe erreicht hätten und daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, um sie auf ein der ganzen Lage entsprechendes Maß zurückzuführen. Die Fischindustrie sei bereit, kräftig mitzuarbeiten an der Herbeiführung gesunder Verhältnisse. Ganz in Hand mit der Regierung, bei Unterbreitung geeigneter Vorschläge. Außerdem wurde in Anregung gebracht, daß in Zukunft für den Einkauf der Rohware der Gewichtsabgang gesetzlich eingeführt werde.

Absatzregelung für Karpfen und Schleie.

Kiel, 10. September. (W. T. G.) Karpfen und Schleie und Teichwirtschaften unter drei Sektoren sowie aus Wildgewässern unterliegen nicht der Absatzregelung durch die Kriegsgesellschaft für Teichwirtschaften m. B. H. Ihre Produktion darf daher nicht zu den Syndikatspreisen verkauft werden, sondern unterliegt den Reichshöchstpreisen. Es hat sich aber als unwürdevoll herausgestellt, sie, soweit ihr Absatz freiwillig der Kontrolle durch die Kriegsgesellschaft unterstellt wird, gleichfalls zu den Syndikatspreisen in den Verkehr zu bringen. Zu diesem Zwecke ist eine Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ergangen, nach der für die mit Genehmigung der Gesellschaft abgesetzten Teichfische aus Teichwirtschaften unter drei Sektoren und aus Wildgewässern dieselben Preisbedingungen maßgebend sind wie für die übrigen mit Genehmigung der Gesellschaft abgesetzten Fische.

Gewerkschaftliches.

Außerordentlicher Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Berlin, den 11. September.

Am Montag früh wurde der von 40 Delegierten, 38 Männern und 2 Frauen besuchte Verbandstag vom Vorsitzenden Stühmer eröffnet. Es nahmen weiter drei Vorstandsmitglieder, ein Vertreter des Ausschusses, die beiden Redakteure, sechs Gauleiter, der Hauptkassenrevisor sowie zwei Auslandsvertreter aus Wien und Amsterdam an den Verhandlungen teil.

Vor Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten gab Stühmer einen Rückblick auf die bekannten Vorkommnisse, die bisher gegen die Abhaltung eines Verbandstages sprachen — es sollte eben vermieden werden, daß die Kollegen, die draußen im Felde stehen, von der Mitberatung ausgeschlossen wurden. Aber einzelne Fragen drängen zur Erledigung und deshalb habe doch diese Tagung stattfinden müssen. Zur Ehrung der im Felde gefallenen sowie der sonst gestorbenen Kollegen erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen. — Nachdem Kunze Berlin herzliche Begrüßungsworte der Berliner Filiale zum Ausdruck gebracht, sprach van der Geeg Amsterdam über einzelne Punkte der Tagesordnung, die die holländischen Kollegen besonders interessieren und mit Spannung die Lösung dieser Fragen beachten. Im übrigen wünschte er, daß die internationale Verbindung der Schneider bald wieder neu aufleben möge. — Smitta Wien sprach im ähnlichen Sinne. Er bedauerte, daß seine Organisation schwer gelitten habe, aber jetzt sei sie doch wieder im Aufblühen begriffen und werde hoffentlich nach dem Krieg wieder stark und eifrig die Interessen seiner Mitglieder vertreten können.

Unter dem Vorsitz von Kunze Berlin wurde dann in die Verhandlungen eingetreten. Stühmer erläuterte den gedruckten vorliegenden

Geschäftsbericht.

der die Geschäftsperiode vom 1. Juli 1912 bis zum 30. Juni 1916 umfaßt. Der Referent schilderte die Arbeitslosigkeit, die bei Kriegsbeginn unter den Verbandskollegen ausbrach, die den Verbandsvorstand und den Beirat bestimmte, besondere Notstandsunterstützungen in weiterem Umfange, als wie das Statut sie vorsieht, zu gewähren. Durch die Aufträge der Heereslieferung wurde aber bereits im September 1914 die Arbeitslosigkeit gemildert. Doch nun machte sich der Umstand, daß für die Heereslieferungen keine tariflichen Ermäßigungen bestanden, unangenehm bemerkbar. Private aller Art übernahmen die Lieferungen, und die Arbeiter wurden meistens um ihren Lohn begehrt, bis schließlich die Bekleidungsämter die Löhne, die den Arbeitern und Arbeiterinnen gezahlt werden mußten, festlegten. Unternehmer, die darauf nicht eingingen, sollten von Lieferungen ausgeschlossen werden. Dies half etwas, doch konnten heute noch oft Verstöße dagegen vor. Von den Verordnungen zur Streckung der Stoffe und der Arbeit waren wir durchaus nicht erbaud, weil wir voraus sahen, daß damit große Lohnausfälle verbunden seien. Stattgefundenen Umfragen haben ergeben, daß mehr als 11 000 Verbandskollegen unter den Bestimmungen der 40-Stunden-Woche arbeiten.

Der Kassierer Heitmann betont, daß der Verband die 25 Kriegsmonate finanziell gut überstanden habe. Dies sei mit darauf zurückzuführen, daß der Verband unter dem Burgfrieden keine Ausgaben für Lohnbewegungen hatte. In der Kattation wurde auch während der Kriegszeit wertvolles geleistet zur Aufrechterhaltung der Filialen, so daß dafür größere Summen erforderlich waren. Obwohl seit Ausbruch des Krieges für die arbeitslosen Mitglieder beitragsfreie Marken eingeführt wurden, betrug der durchschnittliche Markenumfang im Jahre 1914 für männliche Mitglieder 44,0 und für weibliche 34,4, im Jahre 1915 für männliche Mitglieder 46,2 und für weibliche Mitglieder 36,4 Beitragsmarken pro Mitglied. Die Hauptkasse zählte am Schlusse des I. Quartals 1916 ein Vermögen von 1 061 568,85 M. Während des Krieges wurde neben den Ausgaben für die regulären Unterstützungsanstalten des Verbandes an besonderer Notstandsunterstützung die Summe von 479 803,28 M. bezahlt. Der Mitgliederbestand, dessen durchschnittliche Zahl im Jahre 1913 40 924 männliche und 9084 weibliche, insgesamt 49 978 betrug, ist infolge des Krieges natürlich zurückgegangen. Der Ausschussbericht erstreckte sich nur auf interne Angelegenheiten.

Als erster Redner zur

Debatte

erhielt Euse Berlin das Wort. Redner schilderte zur Hauptsache die Lebenslage der Kolleginnen, speziell die der Wäschearbeiterinnen, denen es in dieser schweren Zeit fast unmöglich ist, die Beiträge aufzubringen. Diese Kolleginnen gehören zu der Zahl, die von Stühmer als verlorengegangene Mitglieder genannt wurden. Brenneke Frankfurt a. M. verurteilt scharf die niedrigen Löhne, die oft den Arbeiterinnen für Heereslieferungen bezahlt werden; gar oft griff der Nationale Frauendienst ein, um die Frauen vor allzugroßer Ausbeutung zu schützen. Die gemeinsame Arbeit aller Arbeiter-Verbandsorganisationen scheint ihm nach dem Kriege dringend notwendig. Wille Bremen will, daß die Unterstützung, die an die Familien der Angestellten gezahlt wird, ausgedehnt wird auf die Familien der Verbandsmitglieder. Kollhoff Berlin ging besonders auf die Regelung der neu eingeführten Uniformstücke ein. — Hammacher Eberfeld: Er hätte ein früheres Eingreifen des Vorstandes zur Festlegung der Tarife für die Militärarbeiten gewünscht. Die Entlohnung durch die Zwischenmeister sei die allerungünstigste gewesen, wobei den größten Schaden die Arbeiterinnen hatten. Die Arbeitgeber hatten an der gebildeten Arbeitsgemeinschaft nur das Interesse, sich mit uns gemeinsam Arbeit zu beschaffen. — Pfeiffer Rürnberg: Die Bemühungen des Vorstandes nach einer größeren Vereinheitlichung der Löhne hat leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Ueber die Form der Entlohnung nach Stück-, Zeit- oder Zeilaffordlohn besteht bei uns eine Meinungsverschiedenheit. Redner selbst hält

den Zeilaffordlohn für nachteilig und ungeeignet, für den Unternehmer sei diese Art der Entlohnung eine Handhabe zur Umgehung der von den Bekleidungsämtern festgesetzten Löhne. Die Bildung von Arbeiterausschüssen sei nur in beschränktem Umfange erfolgt, die Einführung dieser Körperschaften müsse nachdrücklich gefordert und angestrebt werden. — Kunze Berlin sprach ebenfalls zur Frage der Bekleidungs- und der Schlichtungsämter. Er plädierte für Stücklöhne statt Stundenlöhne in der Militärtextilbranche. — Hauptmann Berlin ist mit den Erfolgen der vom Vorstand angebahnten Feuerungszulagen nicht zufrieden. Redner glaubt, daß durch die Kündigung der Tarife der Abzug geneigter gewesen sei, eine Feuerungszulage zu gewähren. Trotz der Festlegung der Arbeiterlöhne seitens der Bekleidungsämter seien die Löhne der Militäreffektenarbeiter weit niedriger als wie die Löhne der Arbeiter der übrigen Kriegsindustrie. — Klein Leipzig sprach unter anderem zur Lehrlingsorganisation, er wünscht, daß die Gesellenausschüsse dieser Frage größere Beachtung schenken.

Walter Breslau ist der Meinung, daß die heutigen Löhne, wie sie von den Bekleidungsämtern festgesetzt wurden, nicht mehr zeitgemäß sind.

Nachdem noch viele Redner gesprochen, erhielten Stühmer und Geitmann das Wort zu ihren Berichtigungen. Danach wurde auf Antrag dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Die Verhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Berlin und Umgegend.

Vertragsverlängerung und weitere Feuerungszulagen im Berliner Speditionsgewerbe.

Zwischen dem Zentralverband Berliner Speditoren und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, haben gegen Ende des Monats August Verhandlungen wegen abermaliger Vertragsverlängerung stattgefunden. Im Dezember 1915 hatten die Parteien vereinbart, daß der kurz vor Ausbruch des Krieges gefälligte Tarifvertrag unter Bewilligung einer gesamten Feuerungszulage von 12,50 M. pro Woche und Arbeitnehmer als bis zum 31. August 1916 verlängert gelten solle.

Das Resultat der diesmaligen Verhandlungen ist, daß das Vertragsverhältnis auf nachfolgender Grundlage abermals für die Zeit vom 1. September 1916 bis zum 31. August 1917 verlängert wurde.

Die Parteien vereinbarten, daß der am 2. September 1910 abgeschlossene Lohnarif mit den dazu ergangenen Auslegungsvorschriften in allen Teilen mit alleiniger Ausnahme der in den §§ 1, 11, 12 und 24 getroffenen Regelung des Lohnes, der Ueberstunden und des Erholungsurlaubes bis 31. August 1917 in Kraft bleibt. An Stelle dieser Paragraphen sollen die nachfolgenden Bestimmungen Anwendung finden.

Die in bahnamtlichen und nichtbahnamtlichen Betrieben tätigen Kollkutscher und Begleiter, welche nachweislich mindestens 1/2 Jahr in einem Speditions- oder Fuhrwerksbetriebe Groß-Berlins beschäftigt waren, erhalten neben dem tariflichen Lohn von 32,50 M. und den bisherigen Feuerungszulagen von 12,50 M. eine weitere Feuerungszulage von 8 M. für die Woche, insgesamt also 48 M. pro Woche Lohn. Bodenarbeiter und Stalleute, welche nachweislich ein 1/2 Jahr in einem Speditionsbetriebe tätig waren, erhalten zu dem tariflichen Lohn von 30,50 M. und den bisherigen Feuerungszulagen von 12,50 M. eine weitere Feuerungszulage von 8 M. für die Woche, insgesamt 46 M. für die Woche Lohn.

Die jugendlichen Mitfahrer im Alter bis 17 Jahren erhalten zu ihrem bisherigen Lohn und bisherigen Feuerungszulage von 2 M. eine weitere Zulage von 1 M. für die Woche, über 17 Jahre alte erhalten neben ihrem Lohn und bisherigen Feuerungszulage von 3 M. eine weitere Zulage von 1,50 M. für die Woche.

Ueberstunden werden anstatt mit bisher 65 Pf. mit 80 Pf. bezahlt. Die Kollkutscher und Begleiter erhalten nach wie vor für Ueberstunden, wenn sie nach 7 1/2 Uhr abends noch Aufträge erledigen müssen, die erste Stunde mit 1 M. und darüber hinaus mit 2 M. vergütet.

In Ermangelung von Arbeitskräften ist die Verminderung der Urlaubszeit, wie sie im Dezember 1915 festgesetzt wurde, auch diesmal in derselben Weise beibehalten worden.

Es ist erfreulich, daß die Unternehmer trotz mancher Schwierigkeiten, mit der sie während der Kriegszeit auch in diesem Gewerbe zu rechnen haben, doch den teuren Verhältnissen Rechnung getragen und ihren Arbeitern weitere Zulagen bewilligt haben. Wünschenswert wäre, daß auch andere Unternehmer in dieser schweren Zeit ein gleiches Entgegenkommen zeigen würden.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Photographenberuf.

Mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen im Photographengewerbe beschäftigte sich eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung. Es wurde eine bedeutende Zunahme ungelernter und weiblicher Arbeitskräfte festgestellt, die trotz der während der Kriegszeit sehr günstigen Geschäftskontunktur zum Teil sehr schlecht entlohnt werden. Die allgemeinen Klagen der Prinzipalität über enorm hohe Löhne sind unberechtigt. Wenn in einzelnen Fällen hohe Löhne verlangt werden, die mit den Leistungen nicht in Einklang stehen, so trägt die ablehnende Haltung der Prinzipale gegen die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der organisierten Gehilfenschaft hieran die Schuld. Ganz besonders wurde über die oft lange Arbeitszeit und ständige Uebertragung der Sonntagsruhe geklagt. — Aus der Versammlung heraus wurde verlangt, schon jetzt hiergegen mit der notwendigen Schärfe vorzugehen. Die Verwaltung wurde deshalb beauftragt, sowohl an den Innungs Vorstand wie an die Gewerkepolizei eine Darlegung dieser Verhältnisse zu übermitteln. Dann wurde noch mitgeteilt, daß endlich auch für den Photographenberuf eine Arbeitsgemeinschaft für die Kriegsbeschädigten erreicht werden konnte.

Ausland.

Lohnbewegung in der schweizerischen Uhrenindustrie.

In Biel, einem der Hauptorte der schweizerischen Uhrenindustrie, sind die Arbeiter in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten, um eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu erreichen. Der Unternehmerverband antwortete mit dem Gegenvorschlag der Einführung von „Mittellöhnen“ (Durchschnittslöhnen), die für die verschiedenen Arbeiterkategorien in den Uhrenfabriken 8—13 Fr. per Tag betragen sollen, wobei er sich auf eine von ihm aufgestellte Lohnstatistik stützt. Ferner offeriert der Unternehmerverband 100 Fr. Feuerungszulagen für jeden Arbeiter und 15 Fr. für jedes Kind per Jahr, wovon aber Tagelöhne von über 11 Fr. ausgeschlossen sein sollen. Die Arbeiter sind bereit, das System der Mittellöhne zu akzeptieren, die aber auf Grund einer vom Metall- und Uhrenarbeiterverband aufzustellenden Lohnstatistik festgelegt werden sollen. Bis dahin soll eine allgemeine Lohnerhöhung nach einem gewissen Prozentsatz erfolgen.

Drohender Generalstreik in Amerika.

Der Streik der Straßenbahn- und Hochbahnangestellten in New York droht auf andere Berufe überzuliegen. Es ist den Verkehrsankaltern mit Hilfe der in Amerika üblichen Mittel gelungen, die völlige Lahmlegung des Verkehrs zu verhindern. Ueber die Einzelheiten der Bewegung und der von den Unternehmern angewandten Abwehrmittel kann man sich leider bei dem Mangel an ausreichenden und unparteiischen Berichten kein klares Bild machen. Ueber die große Bedeutung der Bewegung für die Arbeiterschaft ist aber kein Zweifel. Gompers, der Präsident der amerikanischen Arbeiterschaft, ist auf dem Wege nach New York, um die Frage eines Sympathiestreiks zu entscheiden, der die Straßenbahn zur Erfüllung der Forderungen ihrer Angestellten zwingen soll. Der Streik würde dadurch eine Ausdehnung auf 800 000 Personen gewinnen. Die Angestellten von zwei weiteren Straßenbahnlinien entschieden sich für den Ausstand.

New York, 11. September. (W. T. B.) Die vereinigten Gewerkschaften haben gestern Abend in einer Versammlung einen Generalstreik sämtlicher Mitglieder der genannten Gewerkschaften, zusammen 800 000 Personen, als Sympathieunterstützung für die ausständigen Eisenbahner und Tramfahrangestellten vorgeschlagen. Vor der Durchführung des Streiks ist es notwendig, in jeder einzelnen Gewerkschaft darüber abzustimmen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Zur Reichskonferenz und den Parteidifferenzen nahm am 10. September 1916 in Eberswalde die Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Oberbarnim Stellung. Das Referat hielt der Landtagsabgeordnete des Kreises Genosse Haenisch, während der Reichstagsabgeordnete Wächner als Korreferent den Standpunkt der „Arbeitsgemeinschaft“ vertrat. Nach ausgiebiger Diskussion gelangte gegen 5 Stimmen folgende Resolution zur Annahme:

„Die heutige Generalversammlung billigt die Haltung der Reichstagsfraktion und erwartet von der Reichsparteikonferenz eine Förderung der Einheit unserer Bewegung, die niemals notwendiger war als jetzt und in der Zeit nach dem Kriege.“

Als Delegierter wurde einstimmig der auf dem Boden der Fraktionsmehrheit stehende Genosse Brunß gewählt.

Zum Kreisvorsitzenden wurde der Genosse Richard Goldbach Eberswalde gewählt.

Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Orte Lehe, Bremerhaven, Westermünde nahm am Samstag mit dem Ergebnis Stellung zur Reichskonferenz, daß gegen etwa 15 Stimmen eine Resolution angenommen wurde, die sich unter Verurteilung der Mehrheitspolitik auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft stellt und darüber hinaus ihre Sympathie für den Genossen Liebnacht ausspricht. Bei der Delegiertenwahl unterlag der Mehrheitskandidat, Kreisvorsitzender Genosse Jenien, auf den 40 Stimmen entfielen, dem Kandidaten der Minderheit, Redakteur Genosse Parz, der mit 114 Stimmen gewählt wurde.

In einer gut besuchten Parteiversammlung in Dresden-Altschadt sprach der Abgeordnete des Kreises, Genosse Gradnauer, über die Aufgaben der Reichskonferenz. Er drückte den Wunsch und die Hoffnung aus, daß es zu einer Verständigung komme. In der folgenden lebhaften Aussprache wurden die Ernährung-, Kriegs- und Friedensfragen behandelt und der Standpunkt der Minderheit darzulegen versucht. Von dieser Seite wurde bezweifelt, daß die Konferenz in diesen wichtigen Fragen etwas tue, man wolle dem Parteivorstand und Parteiausschuss nur noch mehr Machtbefugnisse einräumen. Bei der Delegiertenwahl wurde der auf dem Mehrheitsstandpunkt stehende Vorsitzende des Vereins, Genosse Jungnickel, mit 114 von 164 abgegebenen Stimmen gewählt, während die auf dem Minderheitsstandpunkt stehende Genossin Kaumann nur 27 Stimmen erhielt. 23 Stimmen waren zerplittert.

Am Sonntag fand in Hanau eine Kreisversammlung des Wahlkreises Hanau statt, in der Genosse Schnellbacher den Geschäftsbericht erstattete. Die Konferenz lehnte die Unterstützung der Friedenspetition des Parteivorstandes ab. Bei der Stellungnahme zur Reichskonferenz vertrat ein Teil der Genossen den Standpunkt, die Konferenz nicht zu beschicken, der größere Teil war für die Beschickung. Es wurde beschlossen, die Konferenz zu beschicken und Genosse Schnellbacher einstimmig gewählt. — Zum Schluss wurde eine Sympathieerklärung für Genossen Liebnacht einstimmig angenommen.

Sparen ist Pflicht

denn wer spart, vermehrt unser Vermögen zum Durchhalten!
Die beste Sparmöglichkeit bietet die Kriegsanleihe. Die Einzahlungsfristen sind bis zum 6. Februar 1917 verteilt, so daß auch der zeichnen kann, der die Summen noch nicht zur Verfügung hat — ja, wer nur 100 Mark zeichnet, braucht diesen Betrag erst am 6. Februar 1917 einzuzahlen. Vom 30. September ab wird jeder eingezahlte Betrag sofort verzinst. Geh also noch heute zur nächsten Bank, Sparkasse, Postanstalt, Lebensversicherungsanstalt oder Kreditgenossenschaft — man wird dir bereitwilligst Auskunft erteilen.

Chronik des Weltkrieges.

12. September 1914.

Vom westlichen Kriegsschauplatz liegt eine Meldung des Großen Hauptquartiers nicht vor.

Im Osten schlug Hindenburg in mehrtägiger Schlacht die russische Armee in Ostpreußen. Ueber 10 000 unverwundete Gefangene wurden eingebracht, 80 Geschütze erbeutet. Der Rückzug der Russen wurde zur Flucht. Die deutschen Truppen haben in der Verfolgung bereits die Grenze überschritten.

Die Schlacht bei Lemberg nimmt noch immer ihren Fortgang. Bis zum 11. September waren in Deutschland bald 220 000 Kriegsgefangene untergebracht.

12. September 1915.

Im Westen Stellungskämpfe. Im Osten auf dem mittleren und nördlichen Teil der Front weitere Erfolge der deutschen und österreichischen Truppen, die mehr als 4000 Gefangene machten.

An der Seretfront wurden die Truppen vor überlegenen feindlichen Kräften auf die Höhen östlich der Stropa zurückgenommen.

Aus Groß-Berlin.

Schweinefleisch nur am Donnerstag.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Knappheit an Schweinefleisch hat sich für den Magistrat die Notwendigkeit ergeben, den Schweinefleischverkauf besonders zu regeln. Er hat, um die Ansammlungen vor den Läden zu verhüten, durch heute erlassene Ausführungsbestimmungen vorgeschrieben, daß Schweinefleisch nur am Donnerstag jeder Woche verkauft werden darf. Der Fleischer hat durch Aushang am vorhergehenden Mittwoch von abends 7 Uhr ab diejenigen Nummern des Kundenverzeichnis bekannt zu geben, welche er unter Zugrundelegung der jeweiligen Wochenmenge mit Schweinefleisch zu befriedigen vermag. Jeder dieser ausgerufenen Kunden hat alsdann Anspruch auf Schweinefleisch in der ganzen Höhe der jeweiligen Wochenmenge; soweit der Kunde Schweinefleisch nicht entnimmt, behält er das Recht auf Befriedigung in einer anderen Fleischsorte. An andere als die für den Schweinefleischverkauf jeweils ausgerufenen Kunden darf an dem betreffenden Donnerstag kein Schweinefleisch abgegeben werden.

Die nicht ausgerufenen Kunden kommen vielmehr erst in der nächsten oder in den folgenden Wochen an die Reihe. — Bezüglich dieser Kunden wiederholt sich das gleiche Verfahren solange, bis sämtliche Kunden des Kundenverzeichnis zum Aufruf gelangt sind. Bevor dies geschehen ist, darf keiner der einmal ausgerufenen Kunden zum zweiten Male für den Schweinefleischverkauf aufgerufen werden. Es soll damit erreicht werden, daß jeder Kunde wenigstens im Laufe einiger Wochen einmal sich voll mit Schweinefleisch eindenken kann.

Die Klagen über schlechte Beschaffenheit der Milch häufen sich. Zahlreiche Hausfrauen klagen nicht nur über die Verwässerung der Milch, sondern auch darüber, daß sie gleich nach dem Empfang gerinnt und unbrauchbar wird.

Die hohen Pflaumenpreise.

Aus dem Rathaus wird mitgeteilt: Es wird leider immer wieder beobachtet, daß im Kleinhandel, insbesondere in Ladengeschäften Pflaumen, die eine einigermaßen bessere Qualität darstellen, nicht für 25 Pf., sondern zu erheblich höheren Preisen feilgeboten werden. Der Sachauschuss für Kartoffeln, Gemüse und Obst der Preisprüfstelle Groß-Berlin macht darauf aufmerksam, daß dies ungesetzlich und strafbar ist. Der Kleinhandelshöchstpreis von 25 Pf. bezieht sich auf alle Arten der sogenannten Bauernpflaumen. Ausgenommen sind nur Edelpflaumen, d. h. Pflaumen, die durch beinahe doppelte Größe, runde Form oder besondere Farbe (vielfach rötlich) offensichtlich eine andere Art von Pflaumen darstellen, wie Mirabellen, Reineclauden, Apricotienpflaumen, Katarinapflaumen u. ä. Die bezüglich dieser Edelpflaumen festgesetzten Richtpreise in Höhe von 25 bis 40 Pfennig sind übrigens durch Höchstpreise für Bauernpflaumen keineswegs außer Kraft gesetzt, müssen vielmehr nach wie vor eingehalten werden.

Die ziemlich bedeutende Spannung zwischen Erzeuger und Kleinhandelshöchstpreise für Bauernpflaumen hat ferner zu ungerechtfertigten Verdiensten des Handels geführt. Der zuständige Sachauschuss weist nachdrücklich darauf hin, daß als angemessene Aufschläge auch für Bauernpflaumen nach wie vor dem Großhändler 10 Proz. und dem Kleinhändler 25 Proz. zugewilligt werden und wird bei Zuwiderhandlung auch wenn die Preise sich unter dem Kleinhandelshöchstpreise halten, alle ihm bekannt werdenden Fälle bei der Staatsanwaltschaft wegen übermäßiger Preissteigerung zur Anzeige bringen.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaal der Schule, Vindenstr. 3, 4. Hof rechts III, der regelmäßige wissenschaftliche Einzelvortrag statt, der diesmal der gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiterbewegung gewidmet sein soll. Genosse Paul John wird über das Thema: „25 Jahre deutsche Gewerkschaftsbewegung“ reden. Eintrittspreis 10 Pf.

Eine Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte ist nunmehr auch von der Gemeinde Treptow, in deren Bezirk sich zahlreiche Gemeindegemeine befinden, errichtet worden. Diese Fürsorgestelle will alle nach Berlin-Treptow als selbstständig entlassenen oder in den Gemeindegemeinden der Entlassung entgegenstehenden Kriegsteilnehmer bei der Hebung der Erwerbsfähigkeit und bei Vermittlung geeigneter Arbeitsgelegenheit mit Rat und Tat unterstützen. Meldungen sind im Treptower Rathaus, Zimmer 44, werktäglich von 8—3 Uhr anzubringen. Hier werden auf Wunsch auch Gesuche sachgemäß angefertigt.

Briefträger mit Laternen. In aller nächster Zeit werden die Groß-Berliner Briefträger für die abendlichen Postgänge mit Laternen versehen, da sie bei der mangelhaften Kriegsbeleuchtung der Treppenhäuser die Briefaufschriften und die Namensschilder an den Wohnungen sonst nicht erkennen können, auch der Unfallgefahr ausgesetzt sind. Wo elektrische Treppenbeleuchtung vorhanden ist, sollen sich die Postboten bis zum Empfang der Laternen mit den Hauswirten verständigen, ob sie das elektrische Licht andrehen dürfen. Es bleibt zu wünschen, daß die Hauswirte hierbei keine Schwierigkeiten machen.

Tödlicher Unfall eines Berliner Privatdozenten auf dem Untergrundbahnhof Hausvogteiplatz. Nachdem erst vor einigen Tagen Professor Kuttner von der Universität Frankfurt a. M. unter den Nädern eines Stadtbahnzuges am Alexanderplatz sein Ende gefunden hat, ist am gestrigen Montagmorgen ein bekannter Berliner Arzt, Professor Dr. Georg Salomon, einer der ältesten Privatdozenten der hiesigen Universität, unter den Nädern eines Untergrundbahnzuges getötet worden. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten:

Gegen 11 1/2 Uhr vormittags löste ein älterer Herr am Schalter des Untergrundbahnhofs Hausvogteiplatz eine Fahrkarte II. Klasse und wartete auf dem Perron auf den in der Richtung nach der Wilowstraße verkehrenden Zug. Der Passagier ging während dieser Zeit dicht an der Kante des Bahnsteiges auf und ab und trat auch einmal zurück, als der wachhabende Beamte ihn und auch einige andere Passagiere auf die damit verbundene Gefahr aufmerksam machte. Dann aber, als der Zug in langsamer Fahrt einlief, sahen die Anwesenden, daß der Herr plötzlich auf das Gleis stürzte, und zwar wenige Meter vor dem Triebwagen. Gebremst konnte der Zug nicht mehr werden, da er wenige Sekunden darauf bereits stillstand. Sofort wurden die Wagen des Zuges auseinandergeklappt und nach etwa einer Viertelstunde konnten die Beamten den Toten, der schwere Verletzungen am Schädel und an der Brust aufwies, hervorziehen. Wie nun aus Papieren und medizinischen Instrumenten, die der Verunglückte bei sich führte, festgestellt werden konnte, handelte es sich um den etwa 60 Jahre alten Professor Dr. Georg Salomon aus der Prager Straße 11 in Wilmersdorf. Die sofort eingeleitete Untersuchung konnte mit Sicherheit nicht ergeben, daß ein Unfall vorliege. Ebenso wenig aber kann ein Selbstmord angenommen werden, denn Professor Dr. Salomon war geistig frisch, körperlich gesund und in denkbar günstigster pekuniärer Lage. Sein ältester Sohn weilte seit einigen Tagen auf Urlaub hier und die Eltern hatten mit ihm verabredet, den gestrigen Abend mit ihm zu verbringen. Allerdings behaupteten mehrere auf dem Bahnhof anwesende Personen, darunter auch die Aufsichtsbeamten der Untergrundbahn, daß Dr. S. Selbstmord verübt habe; andere Augenzeugen jedoch wollen gesehen haben, daß der Mediziner an der Unfallstelle plötzlich wie von einem Schwindel ergriffen sich nach vorn geneigt habe und so halb bewußtlos auf das Gleis herabgefiel sei. Die Leiche wurde nach dem Schauplatz geschafft. In dem Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn trat zwischen den Bahnhöfen Hausvogteiplatz und Wilowstraße eine etwa fünfviertelstündige Störung ein.

Leichensund. In der Köpenicker Forst wurde am Sonnabend in der Nähe des Restaurants „Nübezahl“ in einem Haufen geschnittenen Säulies eine weibliche Leiche aufgefunden. Die Tote, ein etwa 25-jähriges Mädchen, hatte sich mit Nylol vergiftet; eine Flasche, die noch einen Rest dieses Giftes enthielt, fand sich neben der Leiche vor. Die Persönlichkeit der Verstorbenen konnte bisher noch nicht festgestellt werden; allem Anschein nach handelt es sich um eine Berlinerin. Die Tote war mit einem weichen Kleide, grüner, gestricelter Jacke und weichem Strohhut bekleidet. In der Tasche befand sich ein Portemonnaie mit einigen Briefmarken und 29 Pf. vor.

Als „Tante aus der Provinz“ tritt eine Diebin auf, die für ihre Zwecke harmlose Kinder ausnutzt. Sie fragt Kinder, die sie auf der Straße trifft, nach den häuslichen Verhältnissen aus. Erfährt sie so, daß Vater und Mutter nicht zu Hause sind, so sagt sie den Kindern, sie sei eine Tante aus der Provinz und geht mit ihnen nach der Wohnung. Hier lassen die Kinder sie arglos gewähren. Sobald sie an Wertgegenständen heimlich eingestrichelt hat, was sie erreichen kann, geht die Tante unter irgendeinem Vorwande wieder weg. Die Diebin ist etwa 22—25 Jahre alt, hat ein blaßes rundes Gesicht und trägt einen Strohhut mit roten Nosen und weißer Schleife, eine weiße seidene Bluse, einen blauen Rock mit blauem Band, weiße Schuhe und Strümpfe.

Die Milchkränze.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in unserer Nr. 248 über ein Leichenbegängnis in einem östlichen Berliner Vorort, das durch die Menge der gespendeten Kränze allgemeines Aufsehen erregt hatte. An die Tatsache anknüpfend, daß der Verstorbene, ein neunzehnjähriger ziemlich unbekannter junger Mann war, geben wir der Ansicht Raum, daß die Kranzpenden in der Hauptsache von den „besseren Kunden“ der Eltern des Verstorbenen, die einen Milchhandel betreiben, herrührten, und daß sie zeigten, in welcher Abhängigkeit sich heute viele Konsumenten von Lebensmittelhändlern fühlen. Wie uns von den Eltern des jungen Mannes nahestehernde Seite mitgeteilt wird, scheint von ersteren unsere Notiz dahin aufgefaßt worden zu sein, als ob die Eltern ein Vorwurf trübe, daß sie durch Ueberbürdung des jungen Mannes mit Arbeit den frühen Tod des jugendlichen Sohnes mit verschuldet hätten, und sie lassen uns ein ärztliches Attest übersenden, aus dem hervorgeht, daß die Eltern alles Menschenmögliche getan haben, um ihren Sohn so lange wie möglich zu erhalten.

Wir nehmen gern Notiz von dieser Mitteilung, betonen aber, daß ein Vorwurf gegen die Eltern in unserer Notiz nicht enthalten war und auch nicht enthalten sein sollte, was schon daraus hervorgeht, daß wir weder Namen noch Ort genannt haben.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelverkauf in Reinickendorf.

Die Gemeinde verkauft von heute ab in ihren amtlichen Lebensmittelverkaufsstellen Kaffeeerbsenmischung pro Pfund 1,80 M., Backobst pro Pfund 1,30 M., Dörrgemüse pro Pfund 1,30 M., konservierte grüne Erbsen pro 2 Pfund-Dose 1,60 M., Rindfleisch in 1 Pfund-Dosen 8.— M., Rindfleisch in 4 Pfund-Dosen 12.— M., Kalbfleischhälften in 2, 3 und 4 Pfund-Dosen pro Pfund brutto für netto 2,60 M., Lebergrühwürst in 1 Pfund-Dosen 1,80 M., Prätwurst in 1 Pfund-Dosen 2,05 M., Delfardinen pro Dose 0,85 M.

Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte.

Mitgliederversammlung in Köpenick.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Dienstag, den 7. September, wurde die Debatte über das Referat des Genossen Jubelt: „Die Parteistreitigkeiten im Kreise“ fortgesetzt. In der regen Diskussion stimmten sämtliche Redner mit Ausnahme des Genossen Ferdinand Lehmann, der als einzelner von der Gruppe des am 6. August gewählten Vorstandes erschienen war, den Ausführungen des Genossen Jubelt bei. Genosse Lehmann vertrat den Standpunkt, daß der Vorstand um Thurow, Groger und Pagels zu Recht bestehe, der auch die Unterstützung des Parteivorstandes gefunden habe. Demgegenüber wurde von anderen Rednern betont, daß der Parteivorstand mit seinem Urteil Richter in eigener Sache sei, da doch ein erheblicher Teil des Parteivorstandes in unserem Kreise wohne und ein reges Interesse an der Weidhaltung des alten Vorstandes habe. Ist doch in der am 6. August stattgefundenen Generalversammlung in einem Antrage die Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktionsmehrheit gutgeheißen worden. Bezeichnend sei es auch, daß der Parteivorstand über die Streitfragen in unserem Kreise mit dem alten Vorstände ohne Hinzuziehung der Mitglieder des erweiterten Vorstandes allein verhandelt habe. Wenn der neue Vorstand des Kreises von Groß-Berlin anerkannt sei, warum habe der Parteivorstand nicht auch diesen oder Mitglieder des Bezirksvorstandes zu diesen Ver-

ratungen herangezogen? Der Vorschlag des Genossen Radtke-Neuwirth sei nur zu unterstreichen. Ganz besonders gekennzeichnet wurde noch der Versuch des Genossen Franz Krüger in seiner Berichtigung im „Vorwärts“ und in der „Leipziger Volkszeitung“, unserer Versammlung den Charakter einer Mitgliederversammlung abzusprechen. Fest steht die Tatsache, daß in unseren Versammlungen Mitglieder anwesend waren, die lange Jahre in Köpenick tätig sind in der Organisation und daß alte langjährig organisierte Parteigenossen sich wieder eingefunden haben, um mitzuarbeiten, damit die Partei wieder zu den alten Grundsätzen zurückkehre. Genosse Jubelt trat in seinem Schlußwort den Ausführungen des Genossen Lehmann entgegen und betonte nochmals, an den alten lang-erprobten Grundsätzen der Partei festzuhalten. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Fr. Heidrich, Albert Deyer, Lorenz, May und Wilh. Schulz delegiert. (Der vorstehende Bericht ist mit Verspätung eingetroffen. Red.)

Kinderveranstaltungen in Mariendorf. Die Ferienpiele finden Mittwochnachmittag statt. Treffpunkt am Rathaus um 2 1/2 Uhr.

Soziales.

Billettschiebungen im Deutschen Theater.

Der frühere Hausinspektor des Deutschen Theaters, Simon, ist ohne Kündigung aus seiner Stellung entlassen worden. Er klagte deshalb beim Gewerbegericht gegen den Direktor Max Reinhardt auf Schadenersatz und Ausstellung eines gültigen Zeugnisses.

Der Vertreter des Beklagten begründete die Entlassung damit, daß der Kläger in einer Reihe von Fällen Personen, die keine Billetts hatten, Eintritt in das Theater verschafft habe, indem er die Logenschließer angewiesen habe, die betreffenden Personen einzulassen. Es wird auch behauptet, daß der Kläger sich wenigstens in einem Teil der Fälle die Plätze von den Theaterbesuchern zum Kassenspreis habe bezahlen lassen, ohne daß ihnen Billetts ausgehändigt worden seien. Das Geld soll der Kläger für sich behalten und wahrscheinlich mit dem Kassierer im Einverständnis gehandelt haben, denn ohne die Mitwirkung des Kassierers würden derartige Durchschieberien nicht immer möglich sein. Es handelte sich in allen Fällen um Plätze im ersten Rang und in der Parterrestage zum Kassenspreis von je 7 M.

Das Gericht veranfaltete eine umfangreiche Beweisaufnahme. Eine Anzahl von Logenschließern bezeugten, daß sie ziemlich oft auf Anordnung des Klägers Personen, die keine Eintrittskarten hatten, Plätze angewiesen haben. Da der Kläger als Hausinspektor ihr Vorgehens war, so hätten sich die Zeugen verpflichtet gefühlt, diesen Anordnungen zu folgen, ohne nach den Eintrittskarten zu fragen. In einzelnen Fällen haben Zeugen auch gesehen, daß der Kläger von den auf seine Anordnung eingelassenen Personen Geld erhielt. Der Kläger bestritt diese Angaben der Zeugen nicht, gab ihnen aber eine harmlose Erklärung. Nach einem Brauch, der früher im Deutschen Theater geherrscht habe und erst in neuester Zeit abgeschafft worden sei, habe er die Befugnis gehabt, Angehörige von Angehörigen des Theaters ohne Vergütung einzulassen. Es sei auch vorgekommen, daß er Herrschaften einließe, die glaubhaft versicherten, sie hätten ihre im Vorverkauf erworbenen Billetts im Hotel liegen lassen. In solchen Fällen seien die Billetts später eingelangt worden. Bezahlung habe er in den Fällen erhalten, wo jemand in einem Hotel oder in einem Billettbureau Plätze im Voraus bestellte, aber seine Billetts erhalten und noch nicht bezahlt hatte. In solchen Fällen habe er das Geld immer an der Kasse abgeliefert und nichts für sich behalten.

Das Gericht verurteilte den Beklagten, dem Kläger ein Zeugnis auszustellen, des Inhalts, daß seine Führung und Leistung befriedigend war. Im übrigen wurde der Kläger mit seinem Anspruch abgewiesen und auf die Widerklage hin verurteilt, seine Entlassung als rechtmäßig anzuerkennen. Von den Kosten wurden dem Kläger 1/4 und dem Beklagten 3/4 auferlegt. — Das Gericht hielt für erwiesen, daß der Kläger in einer Reihe von Fällen seine Befugnisse dadurch weit überschritten hat, daß er Personen ohne Billetts Eintritt in das Theater verschaffte. Das durfte er nicht, denn es war ihm durch eine Verfügung der Direktion untersagt, die einem früher herrschenden Mißbrauch ein Ende machte. Daß sich der Kläger einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat, indem er an ihn gezahlte Eintrittsgelder in die eigene Tasche steckte oder mit dem Kassierer teilte, hält das Gericht nicht für ausreichend erwiesen.

Berichtszeitung.

Erdichtete Heereslieferungen.

Mit gefälschten Heereslieferungsverträgen war der Maschinenmeister Wilhelm Reuter vorgegangen, den ein Betrug und schwere Urkundenfälschung zum Schaden eines Malermeisters in Höhe von über 6000 M. vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III führte.

Reuter suchte sich dem Gericht als Kohlenpekulator hinzustellen, der alles auf eine Karte, nämlich ein Kohlenbergwerk, gesetzt hatte, und es zu erlösen. Nach seiner Angabe hatte er in der Umgebung von Bitterfeld mit einem Ingenieur zusammen, weil sie dort Kohlen suchten, die nötigen Berechtigungen erworben. Er ließ dann dort bohren und als dann gegen 100 Morgen angebohrt waren und er kein eigenes Geld mehr beizah, wußte er sich für die weiteren Bohrversuche fremdes Geld verschafft haben. Das tat er jedoch in einer Weise, die ihm die Anklage einbrachte. Er trat nämlich an den Malermeister F., den er zufällig in einem Zigarrengeschäft näher kennen gelernt hatte, heran und erzählte ihm mit der Miene eines Wiedermannes von seinen großen Heereslieferungsaufrägen. Da er diese auch durch Vorlage allerhand schriftlicher, in Wahrheit jedoch gefälschter Verträge glaubhaft zu machen wußte und im übrigen einen sehr vertrauensverdienenden Eindruck machte, so hatte der Malermeister kein Bedenken, sich mit ihm in eine Geschäftsverbindung einzulassen, als er ihn schließlich um eine Geldbeteiligung eruchte, um einen Vertrag erfüllen zu können, laut dem er 20 000 Transportkosten für das königliche Artilleriedepot in Spandau zu liefern habe, da nach der Mitteilung des Angeklagten vorher eine hohe Summe zu hinterlegen wäre, so sollte er ihm zu diesem Zwecke 8500 Mark übergeben, nachdem er selbst die gleiche Summe bereits hinterlegt hatte. Dafür sollte er dann mit der Hälfte am Gewinn beteiligt sein. Da der Angeklagte auch bald seinen, natürlich wieder gefälschten, Hinterlegungsschein zeigte, so gab der Malermeister das Geld um so lieber, als er Soldat werden mußte und hoffte, durch die Vergabe seiner Frau ein Einkommen zu sichern. Um ihn ganz sicher zu machen, gab ihm auch Reuter eines Tages 2000 Mark als „Gewinn“. Dann sah er jedoch keinen Pfennig mehr von seinem Gelde bis auf den heutigen Tag. Der Staatsanwalt beantragte gegen den vorbestraften Reuter drei Jahre Zuchthaus. Das Gericht ließ jedoch die Möglichkeit offen, daß der Angeklagte selbst an sein Kohlenbergwerk geglaubt habe und belieh es daher bei zwei Jahren Gefängnis.

Gegen die Margarineverordnung.

Nach der Bundesratsverordnung vom 11. Januar 1916 jeder, der Margarine vom Ausland einkauft, verpflichtet, die eingekaufte Menge der Zentraleinkaufsgesellschaft anzuzeigen, ebenso den Eingang der Margarine und den Auf-

